

Verrat an der Wissenschaft: Kathederpropheten vergreifen sich am Betreuungsgeld

In ihrer Meinungsfreude und ihrem Sendungsbewusstsein zeigen sich deutsche Ökonomen unerschütterlich: Zwar haben sie weder den Zusammenbruch der sozialistischen Staatswirtschaften Ende der 1980er Jahre noch den amerikanischen Investmentbanken 2008 und die folgende Finanzkrise vorausgesehen; ihr prognostisches Versagen hindert sie aber nicht im Geringsten daran, lautstark ihre Rezepte zur Gesundung schwächelnder Volkswirtschaften auf dem Meinungsmarkt feilzubieten. Die Ratschläge lauten je nach Herkunft ganz anders – manche Forscher predigen, trotz Schuldenkrise noch mehr Schulden zu machen, andere raten ungeachtet der Wachstumsschwäche zu eisenhartem Sparen. Trotz dieser Gegensätzlichkeit nehmen Politik und Medien die Meinungen solcher professioneller Ökonomen begierig auf, sie halten sie für „wissenschaftlich“ begründet. Nun, ein zentrales Kriterium der Wissenschaft ist die fachliche Spezialisierung; außerhalb seines Faches kann der Wissenschaftler keine überlegene Kompetenz beanspruchen. Ausgerechnet über diese grundlegende Regel setzen sich Ökonomen gerne hinweg: Sie erteilen weit über die Finanz- und Wirtschaftspolitik hinaus „Lektionen“ zu allen drängenden Problemen der Gesellschaft – angefangen beim Bildungswesen über die Migration und Integration von Zuwanderern bis hin zur Familienpolitik.

Jüngstes Beispiel ist die Forderung „führender Wirtschaftsforschungsinstitute“ an die Bundesregierung auf das „Betreuungsgeld“ zu verzichten. Sie beschränken sich dabei nicht darauf, angesichts knapper öffentlicher Mittel dessen Kosten darzustellen; sondern betreiben politische Agitation: Eine Geldleistung für Eltern, die ihre Kleinstkinder zu Hause erziehen, könne „einzelne Eltern“ dazu anregen „ihren Kindern öffentliche Betreuung vorzuenthalten“. Es schade, so behaupten sie, „gerade jenen Kindern, die von der institutionellen Betreuung im Kleinkindalter am meisten profitieren würden“. Betreuung in Kindertagesstätten sei besser als Familienerziehung – so der Tenor dieser Ökonomen. Entwicklungspsychologische Erkenntnisse zeigen dagegen, dass Fremdbetreuung im Kleinkindalter riskant ist. Dies spüren auch Eltern, die aus eigener Erfahrung die Defizite öffentlicher Kindertagesbetreuung (zu große Gruppen, wechselnde Erzieherinnen etc.) kennen. Auch deshalb wollen nach wie vor viele Eltern ihre Kleinstkinder in der Familie erziehen. Dass dafür vor allem Mütter zeitweise auf eine Erwerbstätigkeit verzichten, missfällt den zu Rat und Lektionen drängenden Ökonomen: Ihr Planziel ist Vollzeiterwerbstätigkeit beider Geschlechter, Eltern, die ihre Kinder zu Hause erziehen

wollen, passen nicht in ihre Weltanschauung. Das Betreuungsgeld bekämpfen sie deshalb als „Rückschritt hin zur traditionellen Aufgabenteilung der Geschlechter“.

Sind Ökonomen die berufenen Experten, um sozialen „Rückschritt“ und „Fortschritt“ zu beurteilen? In Fragen der Werte sind Wissenschaftler nicht kompetenter als „Laien“: Sie können Konflikte zwischen unterschiedlichen Zielen wie der Wahlfreiheit in der Kinderbetreuung und einer höheren Frauenerwerbsbeteiligung darstellen, den politischen Streit selbst aber nicht von einer vermeintlich „höheren Werte“ entscheiden. Seine Kollegen, die diese Grenzen der Wissenschaft nicht wahrhaben wollten, nannte der Nationalökonom Max Weber einst „Kathederspropheten“. Von der Massenresonanz heutiger Pseudo-Propheten durch die Massenmedien hätten die Kathederprediger zu Webers Zeiten aber wohl nicht einmal geträumt.

von Stefan Fuchs

Zu den Stellungnahmen der Wirtschaftsforscher:

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/wirtschaftsforscher-verurteilen-herdpraemie/6006632.html>.

Zur öffentlichen Diskussion um die Kinderbetreuungspolitik:

<http://www.i-daf.org/429-0-Wochen-48-49-2011.html>.

Zu Fragen des Kindeswohls in öffentlicher Kindertagesbetreuung:

<http://www.i-daf.org/290-0-Wochen-9-10-2010.html>.